

Forscherin kritisiert Kita-Pläne im Land

Sprachförderung in den Kindergärten:
Sorge wegen Tempo und Starrheit der Vorgaben

Von Michael Bornemann

Hildesheim. Ab dem 1. August dieses Jahres sollen sich in Niedersachsen nicht mehr die Grundschulen, sondern die Kindertagesstätten um die vorschulische Sprachförderung im letzten Kita-Jahr kümmern. Grundsätzlich begrüßt die Sprachforscherin der Hildesheimer Universität, Ann-Katrin Bockmann, diesen Plan. „Das macht schon Sinn“, sagt sie. Sorgen bereitet der promovierten Psychologin allerdings das Tempo. „Da sollte man nichts übers Knie brechen“, gibt sie insbesondere mit Blick auf den Fachkräftemangel bei den Erzieherinnen zu bedenken.

Wie berichtet, will das Land mit der Verlagerung der Sprachförderung in die Kindertagesstätten die Grundschulen entlasten. Denen sol-

len so 14000 Stunden mehr zur Verfügung stehen, was 500 Lehrerstellen entspricht. Eine entsprechende Änderung des Kita-Gesetzes soll der Landtag im Juni beschließen. Als Kompensation sollen die Träger der Kitas – also Gemeinden, Kirchen und Verbände – 32,5 Millionen Euro im Jahr erhalten.

Eine Verlagerung der Sprachförderung in die Kindergärten hält Bockmann für gut. „Das bietet die Chance, dass die Erzieherinnen, die die Kinder gut kennen, die sprachliche Entwicklung von Anfang an in einer für die Mädchen und Jungen vertrauten Umgebung begleiten“, sagt die Sprachforscherin. „Im Übrigen mussten die Kinder des letzten Kita-Jahres für die Förderstunden bislang oftmals rumkutschert werden“, stellt sie fest. Aus Bockmanns Sicht sollte

die Sprachförderung auch durchaus schon in der Krippe beginnen.

Allein das Tempo der geplanten Gesetzesänderung und die „Starrheit der Vorgaben“ machen Bockmann Sorgen. „Die Erzieherinnen können mit Blick auf den Personalmangel in den Kitas ihre Aufgaben ja jetzt schon kaum noch bewältigen“, stellt sie fest. Bei der Übernahme der Sprachförderung im letzten Kita-Jahr müssten sie nun auch noch zusätzliche Aufgaben wie Elterngespräche, Sprachstanderfassung und eine schriftliche Dokumentation übernehmen. Dafür stelle das Land 32,5 Millionen Euro in einem Verhältnis von 85 Prozent für zusätzliches Personal und 15 Prozent für Begleitstrukturen (Fachberatung und Fortbildung) zur Verfügung. „Diese Regelung ist aber viel zu starr“, meint Bockmann. Das Personal werde nämlich einfach nicht zu finden sein und das Geld werde dann wieder zurück ans Land fließen. „Da sollte man lieber mehr Geld in die fachliche Begleitung investieren“, meint sie.

Für das Sprachförderkonzept „Kea“ (Kinder entwickeln alltagsintegriert Sprache), das die Universität Hildesheim gemeinsam mit dem Landkreis seit 2011 in nahezu allen Krippen und Kitas betreibt, rechnet Bockmann nun mit einer Halbierung der Fördergelder des Landes durch die geplante Gesetzesänderung. Außerdem befürchtet sie eine Verschiebung der bisherigen Sprachbildung und -förderung aller Kinder im Alter von null bis sechs Jahren hin zu den Kindern mit Sprachförderbedarf ein Jahr vor der Einschulung.



Erzieherin Alena Schulz malt mit den Kindern der „Rabengruppe“ in der Kindertagesstätte Villa Kunterbunt in Ochtersum.

FOTO: BORNEMANN